

Einschätzung der ersten 10 Monate der Regierung von Bernardo Arévalo

von Christian Stich, Projektleiter Proyecto Ija' tz

Seit dem 15. Januar dieses Jahres ist Präsident Bernardo Arévalo und seine Reformregierung im Amt. Vor einem Jahr, im Herbst 2023, war die Stimmung in weiten Teilen der guatemaltekischen Bevölkerung erwartungs- und hoffnungsvoll, dass eine andere Art der Politik möglich und der Kampf gegen die korrupten Strukturen erfolgreich sein könnte. Nach 10 Monaten fällt eine erste Bilanz doch eher ernüchternd aus und es zeichnen sich mehrere Problemfelder ab, die ihm sein Regierungshandeln erheblich erschweren.

Arévalos größtes Problem ist der immer noch andauernde Kampf gegen die "alten Seilschaften", den sogenannten "Pakt der Korrupten" -wie er in Guatemala genannt wird- und der durch ihn kooptierten Justiz, insbesondere in Person der Generalstaatsanwältin Consuelo Porras, die unablässig versucht, die Arbeit des Präsidenten zu sabotieren und seine ohnehin schon kleine Machtbasis zu attackieren, indem sie immer neue Ermittlungsverfahren gegen Parteimitglieder, Abgeordnete, Funktionäre und andere ihm politisch nahestehenden Personen aufnimmt. Bereits mehrfach hat sie die Aufhebung der Immunität des Präsidenten beantragt, bisher allerdings ohne Erfolg. Dies alles bindet viel Zeit und Energie. Es scheint so, als ob er aus diesem Würgegriff seiner Gegner so schnell nicht wird entkommen können, denn die Amtszeit der Generalstaatsanwältin dauert noch bis 2026. Eine entscheidende Bedeutung zur Wiedererlangung einer unabhängigen Justiz kommt dabei der Neubesetzung der Richter des Obersten Gerichtshofs und des Verfassungsgerichts in diesem bzw. im kommenden Jahr zu.

Ich halte Präsident Arévalo für eine integere Person mit dem festen Willen, etwas zum Guten zu wenden. Er verfügt aber über keine ausreichende Machtbasis, um seine Vorstellungen umzusetzen. Seine Partei Semilla ist inzwischen verboten, die 23 gewählten Parlamentsabgeordneten (von insgesamt 160) verfügen nur über den Status von unabhängigen Abgeordneten und somit keinen Fraktionsstatus. Dies schließt sie ebenso vom Vorsitz in Ausschüssen als auch dem Parlamentspräsidium aus. Mehrheiten müssen im Einzelfall schwer errungen und können nur durch Zugeständnisse an die Opposition erzielt werden. Die Haushaltsverhandlungen und die Forderung nach mehr Geld für Projekte gestalten sich äußerst schwierig. Semilla fällt dabei ihre Position aus früheren Oppositionszeiten auf die eigenen Füße. Damals verlauteten die Semilla-Abgeordneten

ständig, dass die Regierung nicht mehr Budget benötige, wenn man das bestehende Geld nur gut und ohne Korruption einsetzen würde. Zudem fehlt es an erfahrenem Personal, um alle politischen Posten optimal zu besetzen. In den ersten 6 Monaten seiner Regierungszeit wurden bereits 4 Minister und Ministerinnen sowie 5 Staatssekretäre ausgetauscht worden bzw. traten zurück.

Auch außenpolitisch gerät die Regierung unter Druck. Mit Spannung wird der Ausgang des US-Wahlkampfes beobachtet, der über die künftigen Beziehungen zu Washington entscheidet und unmittelbar auf das zentrale Thema der Migration sich auswirken wird. Zudem sieht sich Guatemala zunehmend den Machtinteressen Chinas ausgesetzt, denn es ist eines von nur 12 Ländern weltweit, das Taiwan voll anerkennt und ausschließlich diplomatische Beziehungen zum asiatischen Inselstaat unterhält, sehr zum Missfallen Pekings. Einen kleinen Vorgeschmack auf mögliche zukünftige Sanktionen gab es im Mai dieses Jahres als die Volksrepublik China die Einfuhr von 10 Containern mit Waren aus Guatemala untersagte.

Hinzu kamen in den ersten Regierungsmonaten Ereignisse, die so nicht vorhersehbar waren, die aber die Agenda und auch die öffentliche Meinung stark dominierten, so z.B. dass wichtige Fernstraßen durch die starken Niederschläge der Regenzeit über Wochen unterbrochen bzw. nur eingeschränkt befahrbar waren, was unmittelbar den Warenverkehr zum und vom wichtigen Pazifikhafen Guatemalas beeinträchtigte. Insgesamt sind für den Bürger noch keine wirklichen Veränderungen spürbar, abseits von Diskursen und Absichtserklärungen. Es fehlt, neben dem großen Narrativ der Bekämpfung der Korruption, an konkreten politischen Initiativen, die greifen. Es sind dringend erste Erfolge notwendig, denn die drängenden Problemfelder der allermeisten Guatemaltekinen und Guatemalteken bedürfen des Handelns und Lösungsansätzen bei Gesundheit, Armutsbekämpfung, innere Sicherheit u.a. Auch ist die Beteiligung indigener Repräsentanten in der Regierung ähnlich gering wie schon bei früheren Präsidenten und dies obwohl ihm gerade das ländliche und indigene Guatemala seine Machtübernahme sicherte und für ihn auf die Straße ging. Die Mehrheit der Bevölkerung Guatemalas hat die Hoffnung und den Glauben an den neuen Präsidenten noch nicht verloren, doch die kritischen Stimmen mehren sich und in den Umfragen sinkt seine Popularität. In den großen Linien seiner Wahlkampfthemen wird er vor allem bei der Korruptionsbekämpfung durch den Pakt der Korrupten stark ausgebremst. Man hat zuweilen den Eindruck, dass er sich zu sehr in den Niederungen des politischen Tagesgeschäfts verliert, mehr reagiert als agiert. Ein Scheitern

Arévalos und seines Reformversprechens wäre fatal. Das Land des ewigen Frühlings braucht auch in der Politik einen solchen Frühling, heute dringender denn je.